

ster 42 200 Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind, durch einen Trick aus der Statistik gezaubert. Sie sind zwar noch arbeitslos. Weil sie aber ohnehin nicht mehr vermittelt werden können, brauchen sie sich seit Januar 1986 nicht mehr beim Arbeitsamt bereit zu halten und werden einfach nicht mitgezählt.

Es ist Blüm kaum vorzuwerfen, daß er die Mittel der Arbeitslosenversicherung nutzt, um das Heer der Stellungsuchenden zu verkleinern. Doch seine Zahlen belegen nur den Erfolg staatlicher Eingriffe, die von der Regierung ansonsten wenig geschätzt werden.

Seit Monaten setzen Unionspolitiker von Kanzler Kohl bis zu CDU-Wirtschaftssprecher Matthias Wissmann immer neue Ziffern in die Welt, die belegen sollen, wie sehr die Zahl der Beschäftigten unter Kohls Regentschaft dank der von Bonn angekurbelten Konjunktur gestiegen sei. Sie reichen von 300 000 neuen Arbeitsplätzen bis zu 780 000.

Warum diese Stellenflut die Arbeitslosigkeit nicht minderte, ist für die Bonner leicht beantwortet. Vor allem Jugendliche und Frauen, die vorher nicht gearbeitet hätten und deshalb auch nicht als Arbeitslose registriert worden seien, hätten die neuen Jobs übernommen.

Um die Stellen-Propaganda abzuschwächen, veranlaßte Blüm, daß zugleich mit der monatlichen Arbeitslosenziffer künftig auch eine seriöse aktuelle Zahl der Beschäftigten veröffentlicht wird. Monatlang arbeiteten Statistisches Bundesamt und die Bundesanstalt für Arbeit an einem Verfahren, diese Zahl einigermaßen zuverlässig zu schätzen.

In der vergangenen Woche war endlich Premiere. Franke gab bekannt, im Juni 1986 seien, Selbständige inklusive, 25 780 000 Menschen beschäftigt gewesen, 284 000 mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Blüm: „Nicht allein die Zahl der Arbeitslosen, sondern die Zahl der Arbeitsplätze sagt uns also, ob wir uns am Arbeitsmarkt aufwärts oder abwärts bewegen.“

Blüms Staatssekretär Wolfgang Vogt rechnete weiter zurück: Von 1984 bis Juni 1986 sei die Zahl der Beschäftigten um rund 500 000 gestiegen. „Der Arbeitsmarkt“, so Vogt, „ist im Aufwind.“

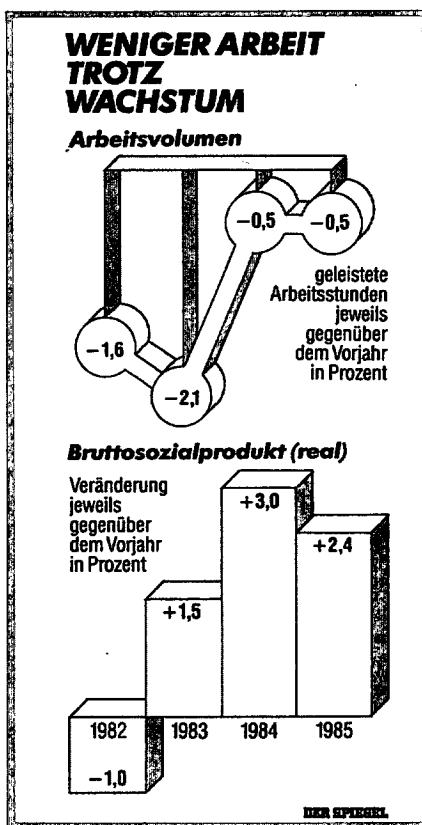
Die Zahlen stimmen. Einen Beweis für das wirtschaftspolitische Credo der Bundesregierung, Wirtschaftswachstum bringe zwangsläufig die erhofften Arbeitsplätze, liefern jedoch auch die neuen Ziffern nicht – ganz im Gegenteil.

Seit 1983 wächst die bundesdeutsche Wirtschaft wieder. Jährlich werden im Schnitt 2,3 Prozent mehr Güter produziert und Dienstleistungen erbracht.

Doch das Arbeitsvolumen, also die Zahl der jährlich geleisteten Arbeitsstunden, sank von 1983 bis 1985 um 350 Millionen. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Erwerbstätigen um rund 200 000.

Diese Zahlen lassen nur eine Deutung zu: Die abnehmende Arbeitsmenge wurde auf mehr Arbeitnehmer verteilt. Es gibt nicht mehr Beschäftigte, weil wegen des Wachstums zusätzliche Arbeitnehmer gebraucht worden wären, sondern weil die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Aufteilung von Vollzeitarbeitsplätzen in Halbtagsjobs mehr Kräfte erforderten, als der technische Fortschritt entbehrlich machte.

Die hart umstrittene kürzere Arbeitszeit stellt sich als der entscheidende Faktor heraus. Würden die Arbeitnehmer noch genauso lange arbeiten wie bei Kohls Amtsantritt, dann gäbe es trotz vierjährigen Wachstums heute nicht mehr, sondern weniger Beschäftigte.



Richtig ist, daß in Wachstumsbranchen wie der Elektro- oder der Autoindustrie neue Stellen geschaffen wurden. Aber dafür sind in sieben Sektoren wie Bau und Werften weit mehr verlorengegangen. Die Forderung der IG Metall nach kürzerer Arbeitszeit, vom Kanzler als „dumm und töricht“ abqualifiziert, verhilft der Regierung jetzt zu einem freundlicheren Bild am Arbeitsmarkt.

Allzugern möchte die Regierung wenigstens bis zum Wahltag mit Zahlenspielerien die Illusion aufrechterhalten, die Koalition habe die Mittel und den Willen, in der nächsten Legislaturperiode die Arbeitslosigkeit gründlich abzubauen. Doch die zuständigen Minister haben sich längst mit einer Arbeitslosenziffer von über zwei Millionen bis in die 90er Jahre abgefunden. Für 1987

rechnen ihre Experten intern mit einem Schnitt von 2,11 Millionen.

Ein wenig Entlastung kann Kohl eigentlich nur von der verketteten IG Metall erwarten: Die Gewerkschafter wollen sich im nächsten Jahr für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit stark machen. So wie die Zahlen aussehen, kann kein Kanzler so dumm und töricht sein, sich dagegen zu wehren.

WIEDERVEREINIGUNG

Schroffer Gegensatz

Eine von Bonn geheimgehaltene Denkschrift zu Stalins Wiedervereinigungsangebot vom Frühjahr 1952 wird jetzt, nach Ablauf der Sperrfrist, veröffentlicht.

Zeitlebens, das tausendjährige Reich ausgenommen, fühlte sich der deutsche Diplomat Richard Meyer von Achenbach als treuer Diener seines Staates.

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges vertrat er, 29 Jahre alt und noch AA-Lehrling, des Kaisers Interessen an der Gesandtschaft zu Peking, „unentgeltlich“. Heimwärts zu den Fahnen zog der Freiwillige mit der Bahn und schließlich mühselig auf einem norwegischen Handelsschiff als Kohlentrimmer, unter falschem Namen. Vier Monate dauerte diese elende „Schipperei und Schlepperei“ fürs Vaterland.

Botschafter Meyer war, wie es die Diplomatie verlangt, verschwiegen, diskret, loyal, und er war ein Konservativer. Als er 1956 in Schweden starb, blieb eine 46 Seiten starke Politanalyse, die er im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet hatte, im Familienbesitz. Bis heute, dreißig Jahre lang, blieb sie gesperrt – so, wie es generell üblich ist für den Aktenbestand offizieller Archive.

Auch von Amts wegen war Meyers Papier zum Geheimdossier erklärt worden. Es rüttelte so heftig an Bonner Positionen, daß es schnellstens im Tresor verschwand – ein nüchternes Plädoyer für die Aussöhnung mit den Sowjets und für die Wiedervereinigung. Jetzt wird die Schrift publiziert*. Herausgeber Julius H. Schoeps, Historiker und Politologe an der Universität Duisburg: „Bisher war nur am Rande bekannt, daß es auch einige Berufsdiplomaten gegeben hat, die der Adenauerschen Deutschlandpolitik kritisch gegenüberstanden.“

Im Frühjahr 1952 hatte Josef Stalin die Wiedervereinigung Deutschlands, freie Wahlen und den Aufbau deutscher Streitkräfte angeboten; Bedingung: Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Aber

* Richard Meyer von Achenbach: „Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953“. Herausgegeben von Julius H. Schoeps; 132 Seiten; 19,80 Mark. Erscheint Ende August im Athenäum-Verlag, Frankfurt.

immer noch rätseln Politiker und Historiker über den Hintersinn der Moskauer Noten: Waren sie nur ein Manöver, um die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Deutschlandvertrag zu sabotieren? Oder meinten es die Russen wirklich ernst, wollten sie sogar das Faustpfand DDR preisgeben? Ist also damals, wie heute noch gefragt wird (SPIEGEL 4/1986), eine Chance vertan worden?

Konrad Adenauer, der CDU-Kanzler, wußte, was er wollte: Westintegration und Wiederaufrüstung. Amerika sei, erklärte er im Bundesvorstand seiner Partei, „in den atomischen Waffen Sowjetrußland weit voraus“. Unter dem Schutzschirm amerikanischer A-Waffen lebe Deutschland „jetzt in Ruhe“. Außerdem, befand der Regierungschef, könne „ein solches unstetes Land“ wie die Sowjet-Union niemals „Hüter einer Neutralität Deutschlands sein“.

In dieser Phase deutsch-deutscher Nachkriegspolitik suchte Adenauers Staatssekretär Walter Hallstein nach einem neutralen Szenebeobachter. Er fand ihn in dem sachkundigen Richard Meyer von Achenbach, bis Ende 1935 Ministerialdirektor und Chef der Ostabteilung im Reichsaußenministerium, dann von den Nazis gefeuert.

Meyer verzichtete im Interesse seiner „Unabhängigkeit“ auf ein Honorar, bat aber um eine Aufwandsentschädigung von 8000 Mark; Hallstein zahlte 5000 Mark.

Ein knappes Jahr arbeitete der Diplomat an seinem Thesenpapier. Nachdem er es abgeliefert hatte, machte sich in der Kanzler-Umgebung Entsetzen breit. Meyer stelle sich, urteilte Adenauer-Intimus Herbert Blankenhorn kurz und knapp, „in schroffen Gegensatz“ zur Politik der Regierung, da er „die aus dem Osten drohende Gefahr offenbar als verhältnismäßig gering“ einschätze. Umgehend ordnete er an, das Papier dürfe



Deutschlandpolitiker Hallstein, Adenauer, Blankenhorn*: „So ein unstetes Land“

„dritten Personen nicht zugänglich gemacht“ werden.

Meyer hielt in seiner Denkschrift zwar auch „Wachsamkeit“ vor den Russen „für erforderlich“ und plädierte für die weitere „Aufrüstung des Westens“. Das Gerede von einer „unmittelbaren militärischen Bedrohung“ durch Moskau aber tat er als „Propaganda des Westens“ ab, die „zeitweise wohlüberlegt entfacht und zweckgebunden gesteuert wurde“. Stalins Politik sei nämlich „vornehmlich defensiv“.

„In doppelter Hinsicht“ sei Moskau „an einem Ausgleich“ mit Bonn interessiert, analysierte Meyer: „einerseits zwecks Herstellung normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen, andererseits zwecks Verhinderung einer poli-

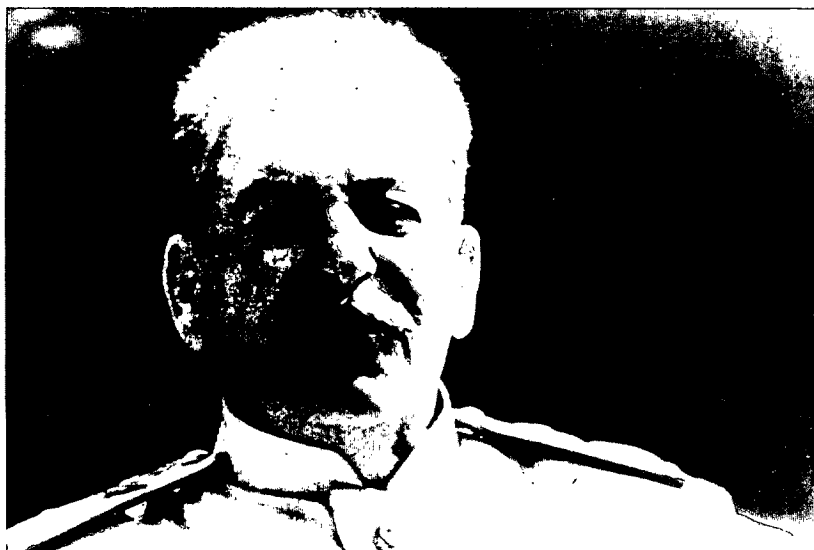
tischen und militärischen Integration Deutschlands in den Westen“. In der „Kombination deutscher militärischer Tüchtigkeit und amerikanischer Ausrüstung“ sähen die Sowjets eine „gefährliche Bedrohung“.

Der Gutachter entwarf ein Kompromiß-Programm, „eine Synthese zwischen den für die Unabhängigkeit, die Freiheit und die Sicherheit Gesamtdeutschlands unabdingbaren Forderungen und den von der Sowjetunion für ihre Sicherheit als notwendig erachteten Bedingungen“:

- ▷ freie Wahlen, Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung, Verzicht auf Deutschlandvertrag und auf Beitritt zur damals geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Verbot von Militärbündnissen mit einem der früheren Kriegsgegner;
- ▷ Abzug der Besatzungsmächte aus der Bundesrepublik und der DDR;
- ▷ Aufstellung einer deutschen Nationalarmee;
- ▷ Regelung der deutschen Ostgrenze unter Vorbehalt späterer friedensvertraglicher Änderung;
- ▷ Garantievertrag zwischen den vier Großmächten zum Schutze eines neutralisierten Gesamtdeutschlands.

Meyers Denkschrift zirkulierte, nach der offenbar von Adenauer verlangten Indizierung, nur in kleinstem Kreis. Eine Durchschrift erhielt lediglich Heinrich von Brentano, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

Welche Sorgen den alten Adenauer in jener Zeit umtrieben, hat erst kürzlich der deutsche Historiker Josef Fosche-



Deutschlandpolitiker Stalin: Angst vor deutscher Tüchtigkeit?

* Während einer Außenministerkonferenz der Montan-Union-Staaten 1953 in Rom.



Gutachter Meyer von Achenbach
„Wohlüberlegte Propaganda des Westens“

poth enthüllt. Er entdeckte in London eine geheime Notiz des britischen Staatssekretärs im Foreign Office, Sir Ivon Kirkpatrick, die er nach einer „höchst vertraulichen“ Mitteilung des damaligen deutschen Botschafters Hans von Herwarth angefertigt hatte. Der Kanzler, heißt es da, zeige sich „äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung sei“.

Adenauer bat um strengste Diskretion. Wenn „seine Ansichten jemals in Deutschland bekannt würden“, hätte dies „katastrophale Folgen für seine politische Position“.

RHEINLAND-PFALZ

Letzte auf der Leiter

Nach 40 Jahren wollen die Sozialdemokraten den Erbpachtvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und der CDU beenden. Doch ihrem Spitzenmann fehlt es an Popularität.

Der Kandidat scheint gut geraten: „klug“ und „gepflegt“, etwas „spröde“ zwar und „ohne polemische Härte“, aber „fleißig“ und „von hoher Sachkenntnis“.

Rudolf Scharping, 38, als SPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz der „Mainzer Enkel Willy Brandts“ („Rheinzeitung“), kennt das Bild, das Genossen von ihm zeichnen: Viele mögen ihn, aber zu wenige trauen ihm etwas zu. Wenn Wahlkampfberater nach öffentlichen Auftritten ihrem Spitzenkandidaten vorhalten, er sei mal wieder „ein Stückchen zu beherrscht, ein bißchen zu diszipliniert, zu intellektuell“ gewesen, reagiert der „Genosse Scharfsinn“, wie ihn Parteifreunde nennen, beleidigt: „Daß man seinen Kopf gebrauchen kann, habe ich noch nie als Vorwurf empfunden.“

Mit viel Zuversicht rechnet der SPD-Herausforderer seiner Partei vor, wie er den Mainzer CDU-Ministerpräsidenten Bernhard Vogel zu besiegen hofft. Ein aus Umfragen errechnetes Stimmen-Minus der CDU von sechs Prozent (bisher: 51,9 Prozent) und ein entsprechend hohes SPD-Plus (bisher: 39,6 Prozent) soll die Landes-SPD von ihrem Trauma befreien, im Heimatland Helmut Kohls sei die CDU-Regierung gottgegeben. „Es ist keine Utopie“, predigt Scharping den Zweifelnden, „die CDU-Ära nach über 40 Jahren zu beenden.“

An Wahlkampfstoff, der geeignet ist, die SPD-Basis zu mobilisieren, mangelt es nicht. Existenzängste der glykolgeschädigten Winzer, das Tschernobyl-Syndrom im Schatten der französischen Nuklearzentrale Cattenom und ein wachsendes Gefahrenbewußtsein auf dem „US-Flugzeugträger“ Rheinland-Pfalz (Vogel) drücken nach Umfragen die Stimmen-Prozente der Union.

Bürgerinitiativen lasten Vogel und Kanzler Kohl in Unterschriftsaktionen und Leserbriefkampagnen vor allem die pralle Präsenz der Amerikaner an. Mit Giftgasdepots in der Pfalz, Cruise-Missile-Rampen im Hunsrück, zahllosen Tiefflügen und leichtsinnigen Munitionstransporten weckt die U. S. Army in der Bevölkerung Angst und Aggression. „Die Leute begreifen“, so Scharping, „daß unsere Souveränität im eigenen Land behindert wird.“

In jeder Rede erwähnt der Sozialdemokrat, was er bei einer US-Visite erfahren hat: Chemische Waffen lagern die Amerikaner außerhalb der USA fast nur in Rheinland-Pfalz – 4000 Tonnen allein in Fischbach (Westpfalz) mit einer „unvorstellbaren 5000fachen Overkill-Kapazität“ („Pirmasenser Zeitung“). Wenn Scharping fordert, daß „das Zeug raus und weggehört“, weiß er sich mit der Mehrzahl der Wähler einig. 63 Prozent der Rheinland-Pfälzer denken laut Umfragen so ähnlich wie er.

Auch die hausgemachten CDU-Probleme liefern dem Herausforderer genügend Munition. Nie zuvor gab es in

* Mit Heinz Spies (Arbeit und Soziales), Fritz Preuß (Finanzen), Kurt Beck (Staatskanzlei), Manfred Krämer (Wirtschaft und Verkehr), Michael Reitzel (Justiz), Beate Weber (Umwelt), Andreas von Schoeler (Innen- und Sport), Helga Düchting (Frauenfragen), Gisela Thews (Bildung und Kultur), Willi Rothley (Bundesrat und Europa), Jürgen Zöllner (Wissenschaft und Technik) am Rheinufer in Eltville.



SPD-Spitzenkandidat Scharping (7. v. l.), Schatten-Kabinett*: Im Lande unbekannt